

- CO₂ Überwachungspläne- und Berichterstellung
- CO₂ Mitteilung zum Betrieb MzB und Erstellung Jahresbericht
- CO₂ Registerkontoführung für Unternehmen
- CO₂ Emissionsrechte Kauf/Verkauf/Tausch von EUA/aEUA, CER2
- CO₂ Portfoliomanagement und Strategieberatung
- EEG Befreiungsanträge, Strompreiskompensation und Energieoptimierung
- Infos unter Freecall 0800-590 600 02

Lieber Leser des DE-Emissionsbriefes!
 Dies hier ist die kostenlose, dafür aber nur teilweise lesbare Variante des Emissionsbriefes.
 Informationen und Bestellmöglichkeiten zur kostenpflichtigen Vollversion erhalten Sie [hier](#) bzw. auf www.emissionshaendler.com

Emissionsbrief 06-2016

Praktische Informationen zum Emissionshandel

Ausgabe vom 25.04.2016

EUA DEC15 01.01.2016 bis 22.04.2016

Quelle: ICE London

Rechtsruck in Polen durch die PiS fördert Veränderungen in der Kohle- und Klimapolitik des Landes

Seit der Übernahme der Macht der rechtsgerichteten PiS in Polen werden auch deren Pläne für die Energie- und Klimapolitik des Landes immer deutlicher.

Mit den Methoden einer strikten Parteibuchwirtschaft werden politische und wirtschaftliche Ziele anvisiert und in atemberaubender Geschwindigkeit umgesetzt. Dass dabei teilweise in skurrilen Nacht- und Nebelaktionen eigenartige Personen in leitenden Stellen installiert werden, ist eher noch Mittel zum Zweck.

Da Kohle und Arbeitsplätze in Polen zentrale Themen sind, muss die nunmehr mit absoluter Mehrheit regierende PiS-Partei schnelle Lösungen für die akut und massiv vorhandenen Probleme finden, auch wenn diese in der Energiewirtschaft des Landes auf nationaler und zukünftig vielleicht auch kommunaler Ebene erheblichen Schaden anrichten werden.

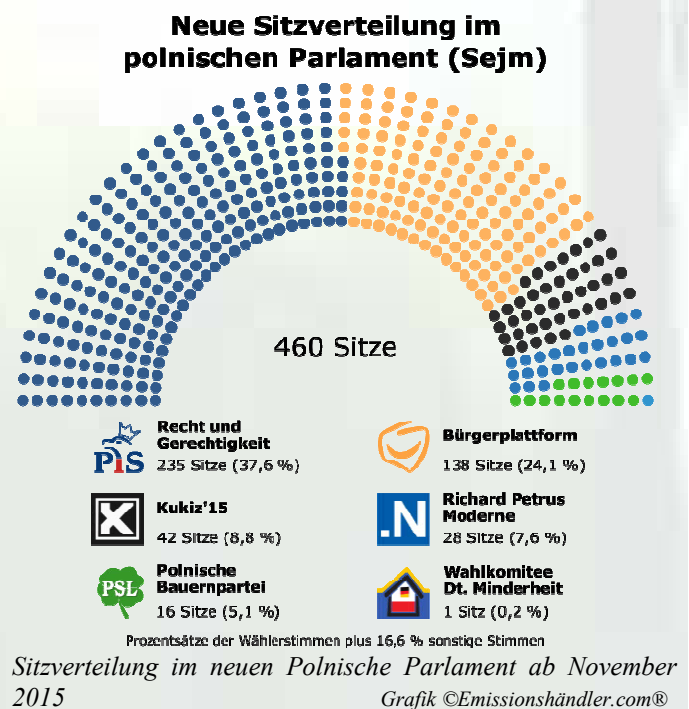
Emissionshändler.com® als führender CO₂-Händler in Polen hat sich seit vielen Monaten im Lande umgehört und recherchiert. Die Ergebnisse finden sich hier im **Emissionsbrief 06-2016**, der nicht nur die polnischen Industriekunden und Wärmerversorger interessieren dürfte, da es demnächst sicherlich auch Auswirkungen auf die Klimapolitik Polens in Brüssel geben dürfte.

Die polnische Parteienlandschaft auf Landesebene seit 2014 und auf nationaler Ebene seit Oktober 2015

Im Oktober 2015 fanden in Polen die Wahlen zum nationalen Parlament statt, die die politische Lage des Landes völlig verändert haben. Zum ersten Mal seit dem Fall des Kommunismus im Jahre 1989 regiert in Polen

eine Partei, ohne eine Koalition bilden zu müssen und zum ersten Mal ist im Parlament auch keine linke Partei mehr vertreten.

Die bisher regierende liberale Partei **PO (Polnische Bürgerplattform)** kam lediglich auf 138 Sitze. Die nunmehr allein regierende **PiS-Partei („Recht und Gerechtigkeit“)** von **Jaroslav Kaczynski** gewann im Parlament 235 von 460 Sitzen und besetzte den Posten des Ministerpräsidenten mit Kaczynskis Vertrauter **Beata Szydło**. Szydło löst damit die liberale **Ewa Kopacz** von der Polnische Bürgerplattform ab, die in 2014 den nach Brüssel gewechselten **Donald Tusk** ersetzte.





In Polen haben traditionsgemäß staatliche und teilstaatliche Institutionen, Gremien und Betriebe an der Führungsspitze eine mehr oder weniger politisch ausgerichtete Person installiert; den

Dieses Prinzip gilt nicht nur in nationaler Hinsicht, sondern insbesondere auch für die jeweilige Politik eines Bundeslandes (Woiwodschaften) und die nachgeordnete kommunale Ebene, wo es nach Wahlen in aller Regel auch bei den jeweiligen Energieversorgungsbetrieben und den Wärmeversorgern einer Stadt zu Umbesetzungen kommt.

Da die Wahl vom 25.10.2016 eine landesweite Wahl und keine kommunale Wahl war, trafen die „Umbesetzungen“ noch nicht die kommunale Ebene, sondern wirkten sich zunächst erst einmal auf nationaler Ebene aus. Dies aber mit einer Geschwindigkeit und Wucht, die ganz Polen und vor allem die politischen Beobachter in der ganzen EU so noch nicht erlebt hatten und die damit einen Vorgeschmack geben könnten, was zu erwarten ist.

Noch in 2014 konnte die liberale PO von Ewa Kopacz in 8 von 16 wirtschaftlich wichtigen Landesregierungen (Woiwodschaften) gerade noch mit minimalem Vorsprung den Regionalpräsident stellen. In den anderen, vorwiegend ländlich geprägten Regionen gab es deutliche Niederlagen.



Woiwodschaften (Bundesländer) in Polen

Für 2018 könnte sich das nun für die PO wesentlich schlimmer darstellen, wenn aufgrund eines zu erwartenden Wahlsieges der PiS in dann fast allen 16 Woiwodschaften (Bundesländern) Polens PiS-treue Gefolgsleuten auch in den Wirtschaftszentren des Landes Führungspositionen auf kommunaler Ebene übernehmen sollten. Dies würde - bezogen auf die kommunale Energiepolitik – auch hier eine wieder stärkere Hinwendung bedeuten.

Der politische Wandel beginnt 2015 auf nationaler Ebene

Nach der Machtübernahme der PiS wurde zunächst einmal auf der nationalen Ebene „aufgeräumt“, d. h. die Top-Positionen relevanter Gremien in Politik, Kultur und Wirtschaft neu besetzt.

Der Vorsitzende des **Polnischen Staatsfernsehens** TVP wurde ausgetauscht inklusiv der Einführung einer

für den Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Der neue Fernsehchef **Jacek Kurski**, der jahrelang der Propaganda-Chef der PiS war, tat sich in der Vergangenheit fast ausschließlich durch die Verleumdung seiner politischen Gegner hervor, was mehrere gerichtliche Verurteilungen nach sich zog.

Viel Aufsehen rief auch der Versuch hervor, 5 neue (PiS-nahe) **Richter am Verfassungsgerichtshof** einzusetzen, was zu einer lauten Debatte über Demokratie in Polen und im EU-Parlament führte.

Bereits schon 3 Wochen nach der Wahl entließ die neue Regierung plötzlich und unerwartet die Chefs der zwei **Auslandsgeheimdienste** sowie der beiden **Inlandsgeheimdienste** und besetzte die Posten mit eigenen Gefolgsleuten. Der oberste des Landes wurde dabei gleich mit ausgewechselt.

Bei der polnischen **Notenbank** wurden drei Vorstandsposten mit PiS-Leuten neu besetzt, was die Ratingagentur Standard&Poors interessanterweise dazu bewegte, die Note Polens von A- auf BBB+ zu senken und zudem den Ausblick auf Polens Wirtschaft negativ zu bewerten.

Dies vor allem deswegen, da dieser eingeleitete Wandel unmittelbar mit einer Schwächung von Staatsbehörden, des Verfassungsgerichtes und der Übernahme der öffentlichen Medien durch das neue politische Establishment verbunden ist.

Speziell der letztgenannte Punkt ist ein Alarmsignal und es ist völlig untypisch und extrem selten für eine Ratingagentur, dass ein Rating eine Herabstufung ergibt und zudem mit einem negativen Ausblick gekoppelt wird, der nicht auf volkswirtschaftlichen Aspekten und Tatsachen beruht, sondern ein Rating

zur Folge hat.



Das neue Beamten-Gesetz und seine Auswirkungen

Die Geschwindigkeit, mit der die Rechtspartei PiS unter ihrem Vorsitzenden **Jaroslav Kaczyński** aufgrund ihrer absoluten Mehrheit im Sejm neue Gesetze auf nationaler Ebene durchgepeitscht, ist atemberaubend. Man gewinnt den Eindruck, dass viele Gesetzesvorhaben schon länger als fertige Texte in den Geheimkammern der PiS gelegen haben müssen.

Um rasch und effizient PiS-genehme Gefolgsleute auf strategisch wichtige Posten setzen zu können, ist durch die Partei eine wichtige Passage im sogenannten „Beamtengesetz“ geändert worden, das bereits Ende Januar 2016 in Kraft getreten war.

Danach werden ab sofort „wichtige“ Führungspositionen im öffentlichen Dienst und in Unternehmen mit mehrheitlicher staatlicher Beteiligung nicht mehr nach Kompetenz oder im Wettbewerb vergeben, sondern durch „Berufung und Ernennung“ besetzt.

Insbesondere betrifft dies durch die Definition „wichtig“ nicht nur Aufsichtsräte, Präsidenten (Unternehmens-Chefs und Vorstände) und leitende Direktoren, sondern auch weit nachgeordnete Positionen wie z. B.

... sowie unzählige andere Bereiche des öffentlichen Dienstes, die mehr oder weniger Einfluss auf die politische Ausrichtung der Gesellschaft nehmen können.

Dieser indirekte Einfluss der Zentralregierung (an der Länder- und Kommunalebene vorbei) trifft neben vielen anderen Bereichen inzwischen auch die Energie- und Klimapolitik, die auf Länder und Kommunalebene in aller Regel direkt von der PiS beeinflusst ist.

Man kann übrigens davon ausgehen, dass

der Einfluss der Rechten in diesem Bereich sprunghaft ansteigen wird. Dies wird speziell die städtischen Wärmeversorger treffen, die seit Jahren verzweifelt versuchen, nicht nur von einer ineffizienten Kohleverbrennung wegzukommen, sondern auch einmal für einen längeren Zeitraum kompetentes Führungspersonal an der Spitze zu haben.

Dies wird die PiS spätestens bei einem kommunalen Wahlerfolg in 2018 zu verhindern wissen, weil die sogenannten Ciepłownias (Wärmeversorger) ein praktischer Ort sind, um verdienten Parteigenossen einen gut bezahlten Posten als Präzes oder Stellvertreter zu verschaffen, auch wenn diese kaufmännische oder technische Kenntnisse völlig vermissen lassen. Hauptsache ist jedoch, dass Arbeitsplätze aufgebaut und höhere Mengen von Kohle verbrannt werden können.

Infobox

Gründe für die nicht fristgemäße VET-Eingabe zum 31.03.16

Am 05.04.2016 berichtete Emissionshändler.com® in seinem **Emissionsbrief 05-2016** über 34 Unternehmen (davon zwei DAX-Unternehmen) mit 73 Anlagen im Register der DEHSt, die gegen die EU-Verordnung 389/2013, Artikel 35 (2) verstoßen hatten und ihre Emissionen nicht fristgemäß zum 31. März 2016 nach Brüssel gemeldet hatten.

Im Rahmen der vorherigen Recherche zur Berichterstattung wurden 8 Unternehmen von Emissionshändler.com® befragt, ob sie den wüssten, dass eine Kontosperrung vorliegt und wenn ja, was denn aus ihrer Sicht die Gründe für die nicht erfolgten VET-Einträge gewesen wären.

Man mag darüber streiten, ob 8 von 34 Unternehmen einen repräsentativen Durchschnitt ergeben oder nicht. In jedem Falle ist es ein höchst erstaunliches Ergebnis, dass alle 8 Unternehmen (Geschäftsführung/Vorstand, Fachbereichsleiter) zuerst keine Kenntnis von dem Gesetzesverstoß hatten, dann jedoch sehr bemüht waren, die Situation intern aufzuklären. Die im Nachgang erhaltenen 7 Begründungen, woran es „gelegentlich“ hatte, scheinen jedoch sehr plausibel und sind Insidern aus der täglichen Praxis eines Betriebes bestens bekannt:

Termine konnten durch einen **Personalwechsel** „nicht gehalten werden“.

Krankheits- und urlaubsbedingt konnte die „Meldung nicht erfolgen“.

Man befinde sich in der **Reorganisation**, deswegen sei „das übersehen worden“.

Durch die **Neuordnung** vieler Aufgaben ist der Termin „leider versäumt worden“.

Der dafür vorgesehene Mitarbeiter ist **neu im Unternehmen** und hatte sich noch nicht „mit der Software vertraut machen können“.

Die beiden verantwortlichen Beauftragten **hatten gedacht**, der „jeweils andere hätte das schon erledigt“.

Der **Verifizierer** hat uns nicht gesagt, dass wir „auch was machen müssen“.

Aus Sicht von Emissionshändler.com® spricht das Ergebnis für sich. Das jeweilige Gefühl im Unternehmen für das Compliance-Thema „Emissionshandel“ ist ebenfalls teilweise noch kaum ausgeprägt.

Die Verstöße werden sich nach aller Erfahrung im nächsten Jahr bei verschiedenen Unternehmen auch fast genauso wiederholen.

Man kann nur hoffen, dass der Termin 30. April für die Abgabe ernster genommen wird, da für solche Verstöße dann hohe Sanktionsstrafen verhängt werden.

Politische Veränderungen im Bereich Energie und Umwelt

In Sachen Energie und Umwelt kam die PiS von Jaroslav Kaczyński auf nationaler Ebene ebenso bald zur Sache, nachdem die nötigsten Umbesetzungen in



relevanten Bereichen der Gesellschaft in den ersten 4 Wochen erledigt waren.

Hierbei kann beobachtet werden, dass das Besetzen von Positionen durch die PiS fast immer ausschließlich nach Aspekten erfolgt und nicht nach Kompetenz und Erfahrung der Personen. Ein Prinzip der [Parteibuchwirtschaft](#), welches in seiner konsequenten Anwendung durch die PiS fast groteske Ausmaße annimmt.

Nachfolgend einige Beispiele aus der Energie- und Klimapolitik des Landes, in der die Parteibuchwirtschaft wieder eingezogen ist.

- Der *polnische Umweltminister Maciej Grabowski* wurde ersetzt durch **Jan Szyszko**, der schon unter Jaroslaw Kaczyński zweimal Umweltminister war. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich Szyszko nicht mehr mit vollster Energie dem Schutz der Umwelt widmen dürfte, da er dies in den vergangenen fast 20 Jahren auch nicht tat und zudem am 19. April seinen 72. Geburtstag feiern durfte. Ein Geburtstags- bzw. Ostergeschenk bekam er von seiner Parteispitze am Karfreitag 2016 auch schon vorab. Es war die Genehmigung, verkünden zu dürfen, den größten Urwald Europas abholzen zu dürfen, um die leere Staatskasse etwas zu füllen, damit anschließend ein paar der notwendigsten Wahlversprechen erfüllt werden können (siehe auch Infobox Seite 5).
- Das **Energieministerium**, das der polnischen Kohlelobby hörig sein dürfte, wurde von **Krzysztof Tchórzewski** übernommen, ein 65-jähriger Ingenieur der Elektrotechnik, dessen Qualifikation daraus besteht, dass er von Anbeginn der Gründung der PiS im Jahre 2001 treuer Angeordneter der Partei im Sejm war.

Nachdem die PiS in den ersten Tagen nach der Machtübernahme die Ministerien von Umwelt und Energie neu besetzt hatte, wurden sodann die Weichen für eine veränderte Umwelt- und Energiepolitik von nachgeordneten Staatskonzernen und Behörden gestellt.

Kaum 4 Wochen im Amt nahm sich die rechtsgerichtete Regierung der PiS am Abend des 2. Dezember 2015 die Aufsichtsratsgremien der staatlichen Energiekonzerne **Tauron**, **Enea** und **Energa** vor. des Aufsichtsrates von Enea und Energa sowie 4 Mitglieder des Aufsichtsrates von Tauron wurden ausgetauscht. Eine einfache schriftliche Mitteilung des Finanzministeriums reichte dazu aus.

Im Falle von **Energa** sollte dies auch als Botschaft verstanden werden, dass man sich um den geplanten Bau des neuen Kohlekraftwerkes in Ostroleka kümmern solle.

Im Falle von **Tauron** handelte es sich um eine Blitzaktion, um einen vom alten Aufsichtsrat zuvor neu bestimmten Chef von Tauron zu verhindern. Die 4 ausgetauschten Aufsichtsräte des 8-köpfigen Aufsichtsrates sorgten dann nach ihrer Ernennung dafür, dass mit **Remigiusz Nowakowski** in einer neuen Wahl ein der PiS genehmerer Kandidat als CEO an das Ruder des Konzerns kam, der zuvor eine Direktorstelle im Brennstoffmanagement beim finnischen Unternehmen Fortum hatte.

Mitte Dezember 2015 wurde der seit 7 erfolgreichen Jahren tätige Vorsitzende des Mineralölkonzerns **PKN Orlen Jacek Krawiec** ausgetauscht.

Orlen wird nun vom ehemaligen Minister für Staatsvermögen und PiS Mitglied **Wojciech Jasiński** geleitet, der sich sicherlich nicht damit beschäftigen wird, wie der Konzern wirtschaftlicher wird, sondern wie die vorwiegend armen und einfachen Wähler der PiS mit moderaten Energiepreisen bei Laune gehalten werden können.

Am 24. Februar 2016 wurde **Krzysztof Sędzikowski**, der Vorsitzende des Kohlenunternehmens **Kompania Weglowa** abgelöst. Kompania Weglowa ist das größte Kohlenunternehmen in Polen und das größte Bergbauunternehmen Europas. Der Konzern mit einer jährlich Förderleistung von bis zu 53 Mio. Tonnen Kohle sitzt auf einer Unmenge unverkaufter Kohle und macht riesige Verluste. **Der neue Chef ist noch nicht bekannt.** Er wird erst in den nächsten 3 Monaten gewählt. In jedem Falle wurde den ärmeren Bevölkerungsschichten, welche überwiegend Wähler der PiS sind, erst einmal Handlungsbereitschaft und demonstriert

Am 2. März 2016 wurde Frau **Janina Goss** zum neuen Aufsichtsratsmitglied der **PGE SA** (größter polnischer Energiekonzern) berufen. PGE als mehrheitlich staatlicher Konzern kündigte bereits in 2009 an, zwei Kernkraftwerke in Polen bauen zu wollen. Die Planungen hierzu sind



Die Qualifikation der neuen Aufsichtsrätin ist den allermeisten Insidern der polnischen Energiebranche ein Rätsel.

Hingegen kennt fast jeder in der Bevölkerung den Skandal, wonach sich der heutige Parteichef Jaroslaw Kaczynski vor rund 3 Jahren von Janina Goss 200.000 Zloty lieh. Dies angeblich um seine alte kranke Mutter pflegen zu können. Ob die Zahlung jemals an Goss zurückgeflossen ist, ist nicht bekannt. In jedem Falle ist Janina Goss - die keinerlei Erfahrung in der Energiebranche hat, dafür aber als die große, graue Eminenz der PiS bezeichnet wird – für ihr “Darlehen“ an Kaczynski mit ihrem Aufsichtsratsmandat anscheinend fürstlich entlohnt worden.

Am 18.03.2016 wurde **Violetta Lilianna Mackiewicz-Sasiak** von der PiS als neues Mitglied des Aufsichtsrates des Energiekonzerns **Energa-Operator** installiert, inklusive einer lukrativen jährlichen Bezahlung.

Die Qualifikation von Frau Mackiewicz-Sasiak besteht darin, dass sie bis zu ihrer Berufung eine der beliebtesten **Pflege-Krankenschwestern** in ihrem Heimatort Wejherowo war, einem kleinen Städtchen, 20km entfernt vom Ostseestrand. Zudem war sie auch bei der örtlichen Lokalzeitung tätig. Laut ihrer eigenen Aussage ist sie 58 Jahre alt und mit einem Seemann verheiratet, hat eine Sekundarbildung und führte bisher ein glückliches Familienleben mit 3 Kindern und zwei Enkelkindern, um die sie sich gerne kümmert.

Ihr neuer Chef, der Aufsichtsratsvorsitzende der Energa-Operator, ein gewisser **Grzegorz Strzelczyk** ist übrigens - welcher ein Zufall - gleichzeitig noch tätig als **PiS-Stadtrat in Danzig**. Dies liegt wenige Kilometer entfernt von Wejherowo.

Da könnte man eigentlich fast schon mit einem Auto gemeinsam zur Arbeit fahren, um das lukrative Aufsichtsrats-Salär nicht allzu sehr aufzehren zu müssen.

Steinkohle und die Energiewirtschaft Polens

Nach wie vor ist es so, dass die Grundlage der polnischen Energiewirtschaft die Steinkohle ist. Kraftwerke, die Energie aus Stein- und Braunkohle erzeugen, machen derzeit 84,9 % aller Kraftwerkskapazitäten in Polen aus, darunter stellen die mit Steinkohle arbeitenden Kraftwerke den Hauptteil dar.

Polen verfügt nach Ansicht von Insidern über keinerlei vernünftige für seine Kohlelastigkeit. Aus diesem Grunde werden von Zeit zu Zeit

Infobox

Der Białowieża-Nationalpark

Er befindet sich im östlichen Polen an der Grenze zu Weißrussland und gilt als letzter Tiefland-Urwald Europas. Dieser erstreckt sich über insgesamt 1.300 km² in Polen und Weißrussland. Der kleinere, polnische Teil mit 105km² ist seit seiner Gründung 1923 streng geschützt und ist als Weltnaturerbe bei der UNESCO registriert.

In diesem Wald- und Heidegebiet leben heute bis zu 450 Wisente/Büffel, das Wahrzeichen der Gegend. Die biologische Vielfalt des Waldes ist überwältigend, neben sehr vielen Tierarten wurden auch 3.500 Pilz- und 5.500 Pflanzenarten nachgewiesen.



Der Nationalpark darf nur mit Führern auf festen Routen betreten werden und der forstwirtschaftliche Einsatz von Motorsägen und anderen Maschinen ist untersagt. Auch bei Schädlingsbefall wurden bisher durch Menschen keine Eingriffe vorgenommen.

*Der Status des Urwaldes - der seit über 90 Jahren Bestand hat – wurde nun am Karfreitag dieses Jahres (Karfreitag ist im katholischen Polen kein Feiertag) radikal geändert. Der neue polnische Umweltminister der PiS **Jan Szyszko** gab den gesamten Urwald zum Abholzen frei. Die offizielle Begründung ist der dort lebende „**Großer achtzahnige Fichtenborkenkäfer**“, der den Urwald in nicht akzeptabler Form schädigt. Abgesehen davon, dass dieser Käfer dort schon immer sein Unwesen treibt, liegt der Grund für diese Entscheidung klar und offensichtlich in den finanziellen Erlösen, die der Holzverkauf für den Staat (also der PiS) erbringen wird.*

inkonsequente Versuche unternommen, den Bereich der Atomenergie und der erneuerbare Energien auszubauen, hier vor allem bei Windenergie und . Die Diskussionen hierzu dienen aber fast ausschließlich dazu, die Klimaproblematik und die Reduktion von CO₂-Emmission

Der Energiebedarf in Polen wird dabei jedoch stark steigen. Von heute 152,8TWh (2015) bis auf 217,4 TWh in 2030. Obwohl in der Energiewirtschaft viel investiert wurde (z.B. 11,6 Milliarden PLN für Kraftwerk Opole; 5,4 Milliarden PLN für Kraftwerk Jaworzno), wurde der Bergbau im Bereich der Steinkohle . Die Kohlebranche hat zudem hohe Schulden bei den Banken des Landes von rund 2 Milliarden PLN. Daraus resultieren eine prekäre

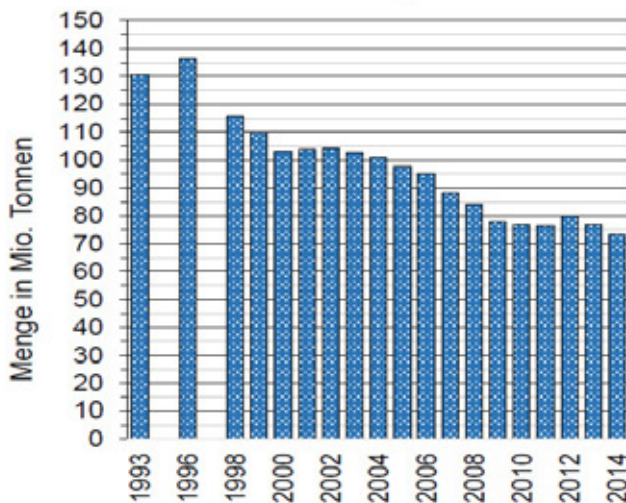


finanzielle Lage der Bergwerke und ein Mangel an liquiden Finanzmitteln für die Durchführung Investitionen und

Beispielsweise ist der mehrheitlich staatliche Kohlekonzern Kompania Węglowa seit einigen Jahren kreditunwürdig und steht ohne Geld für Investitionen da.

Die Kohlebranche ist ein ökonomisches, politisches und soziales Problem des Staates. Man hat Reformen und Systemänderungen jahrzehntelang. Die Mitarbeiter wurden durch Vereinbarungen mit Gewerkschaften ruhig gehalten, indem man sich diese mit leeren Versprechungen erkaufte, damit die Arbeiter bei Laune blieben und nicht streiken.

Steinkohleförderung in Polen



Rückgang der Stein-Kohleförderung in Polen seit 1996
Grafik ©Emissionshändler.com®

Gleichzeitig wurde jedoch vollkommen die Notwendigkeit unterschätzt,

und die Gewinnung von Kohle wirtschaftlicher zu gestalten. Stattdessen wurden die Gewinne der Bergwerke für andere staatlichen Ziele ausgegeben.

Wenn also die Steinkohleindustrie völlig ungenügend finanziert ist, wenn sie technisch veraltet und mit vielen zusätzlichen Kosten belastet ist und wenn zudem aufgrund der historischen abgeschlossenen Tarifverträge mit den Gewerkschaften diese an Altlasten schwer zu tragen hat, dann wird klar dass diese Branche eine Schlüsselposition bei den Überlegungen der PiS einnimmt.

Fazit zum Wirken der PiS in der polnischen Energiewirtschaft

Dass Kohlebergbau im Normalfall Arbeitsplätze schaffen kann, Wenn aber ein Land wie Polen wegen seiner Ineffektivität seiner Bergbauindustrie bei Verkaufspreisen von 145 PLN/t

mehr als doppelt so hohen Produktionskosten von 300 PLN/t pro Tonne hat, dann wird klar, dass bis zu 50.000 Arbeitsplätze im Lande [akut gefährdet sind](#).

Da gleichzeitig (bisher) immer mehr Kohle zu günstigen Preisen aus umliegenden Ländern importiert wurde, stieg der unverkäufliche Bestand von polnischer Kohle, die auf Halde liegt,

Da ein Abbau von Arbeitsplätzen alleine nicht in Frage kommt – unter anderem deswegen, weil die Gewerkschaften in der Schwerindustrie und im Bergbau die größten Unterstützer der PiS im Wahlkampf waren – bleibt der PiS nur der Ausweg der gleichzeitigen Steigerung des Kohleabbaus und der sich daran anschließenden Verbrennung im eigenen Land (statt Billigkohle zu importieren). Dies entgegen jeder wirtschaftlichen Vernunft.

Dass zu diesem Zweck dann die ökonomisch wirtschaftenden Vorstände und Präsidenten von Energieunternehmen ausgetauscht werden müssen, um diese Strategie der Arbeitsplatzhaltung zu Lasten des Klimas und der Effizienz im Lande durchzusetzen, liegt auf der Hand. Es wird zudem nicht lange dauern, bis in Brüssel noch mehr radikalisiert.

Wenn sich diese Tendenz dann auch noch bei zukünftigen Kommunal- und Woiwodschaftswahlen durchsetzen sollte, indem lokale Wärmeversorger noch verstärkter auf Kohle setzen sollen, dann wird sich Polen auf Jahre hinaus in eine Sackgasse begeben, in der wegen der PiS das Licht bald ausgehen wird.

Infobox

Das Konto-Paket hilft bei der Compliance im Emissionshandel

Unterjährige Konto-Aktualisierungen, Konto-Statusmeldungen im Dezember, CO₂-Berichte im Februar, VET-Eintragungen im März, Abgabe von Berechtigungen im April, ständiger Ersatz des zweiten oder dritten von Kontobevollmächtigten durch einen externen Bevollmächtigten – Das Konto-Paket sichert die Compliance von Stadtwerken, Industrie und Aviation im Emissionshandel!

Das Konto-Paket ist neben dem Beratungs-Paket, dem Handels-Paket und dem Info-Paket ein Bestandteil des CO₂-Sorglos-Paketes.

Mögliche rechtliche Sanktionen und Image-Schäden können vorausschauend dadurch stark minimiert werden, indem ein externer Kontobevollmächtigter dem emissionshandelspflichtigen Unternehmen zur Seite steht. Als Know-how-Träger, als „Erinnerer“ für Termine und als Kontobevollmächtigter, falls einer der gesetzlich zwei vorgeschriebenen Bevollmächtigten des Unternehmens einmal wegen Urlaub, Krankheit etc. ausfallen sollte bzw. wenn dessen Technik den Zugriff auf das Registerkonto nicht zulässt.



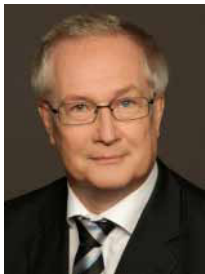
Disclaimer

Dieser Emissionsbrief wird von der GEMB mbH herausgegeben und dient ausschließlich zu Informationszwecken. Die GEMB mbH gibt weder juristische noch steuerliche Ratschläge. Sollte dieser Eindruck entstehen, wird hiermit klargestellt, dass dies weder beabsichtigt noch gewollt ist.

Die GEMB mbH übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen oder ihre Geeignetheit zu einem bestimmten Zweck, weder ausdrücklich noch stillschweigend. Dieser Brief wird auch nicht mit der Absicht verfasst, dass Leser eine Investitionsentscheidung, eine Kauf- oder Verkaufsentscheidung hinsichtlich eines CO₂-Produktes oder Markt- und/oder eine Vertragsentscheidungen in jeglicher anderer Hinsicht tätigen. Alle hier gezeigten Preiskurven basieren auf Daten der ICE-London, generiert aus einem Reuters-Informationssystem.

Unser Angebot

Kontakten Sie uns einfach unverbindlich unter 030-398 8721-10 oder Freecall 0800-590 600 02 sowie per Mail unter info@emissionshaendler.com oder informieren Sie sich im Internet über weitere Leistungen unter www.emissionshaendler.com.



Herzliche Emissionsgrüße
Ihr Michael Kroehnert

Verantwortlich für den Inhalt:

Emissionshaendler.com®

GEMB mbH, Helmholtzstraße 2-9, 10587 Berlin

HRB 101917 Amtsgericht Berlin Charlottenburg, USt-ID-Nr. DE 249072517

Telefon: 030-398872110, Telefax: 030-398872129

Web: www.emissionshaendler.com, Mail: info@emissionshaendler.com

Mitglied im Vorstand Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz BVEK www.bvek.de

Lieber Leser des DE-Emissionsbriefes!
Dies hier ist die kostenlose, dafür aber nur teilweise lesbare Variante des Emissionsbriefes. Informationen und Bestellmöglichkeiten zur kostenpflichtigen Vollversion erhalten Sie [hier](#) bzw. auf www.emissionshaendler.com